

Geheimniskrämerei um Zukunft der Energieversorgung in Dortmund Bündnis DEW-kommunal wirft Politik und Verwaltung Verstoß gegen die Gemeindeordnung vor

Zum 31.12.2014 scheidet die RWE als Anteilseigner aus der Gesellschaft DEW21 aus, sofern der Rat nichts anderes beschließt. Zur Vorbereitung seiner Entscheidung wurden vom Rat Anfang des Jahres zwei Gutachten vergeben, die sich mit den Zukunftsoptionen für den Versorger DEW21 befassen sollen. Mit den ersten Ergebnissen wird Mitte kommenden Monats gerechnet. Diese sollen jedoch nach den bisherigen Plänen der Stadt nur wenigen Auserwählten aus dem Rat der Stadt (Sonder-Ältestensrat) zugänglich gemacht werden.

Das ganze Entscheidungsverfahren zeichnet sich durch völlige Intransparenz aus. Dabei handelt es sich doch offenkundig um eine Angelegenheit, die das wirtschaftliche und soziale Wohl der Bevölkerung wie auch die Zukunftsfähigkeit der Stadt insgesamt nachhaltig berührt. Es geht immerhin um ein zentrales Feld der Daseinsvorsorge - und um eine wichtige Weichenstellung, an der sich ablesen lässt, wie ernst es Dortmund mit der Klima- und Energiewende wirklich ist. Mit ihrer Geheimniskrämerei verstoßen Rat und Verwaltung selbst gegen die Anforderungen nach § 23 der Gemeindeordnung NRW.

Wir haben als Bündnis wiederholt geltend gemacht, dass angesichts der Tragweite der zu treffenden Entscheidung unbedingt für eine frühzeitige Einbindung der Bürger (einschl. einer echten Beteiligung in Form von öffentlichen Anhörungen) gesorgt werden müsse. Die Mehrheit des Rates und der Oberbürgermeister sehen das jedoch offenbar anders: Sie beabsichtigen, den ganzen Prozess der Entscheidungsfindung hinter verschlossenen Türen abzuwickeln und die Ergebnisse ihrer Beratungen erst kurz vor dem formellen Beschluss des Rats, kurz vor oder nach den kommenden Sommerferien, kundzutun.

Diese Geheimnistuerei ist unerträglich. Deshalb haben wir heute mit einem **Beschwerdebrieff** an den Regierungspräsidenten diesen in seiner Funktion als Aufsichtsbehörde nach § 11 Gemeindeordnung angerufen. Er möge seine Möglichkeiten nutzen, um Rat und Verwaltung der Stadt Dortmund zu einer korrekten Vorgehensweise zu bewegen. Die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt haben nach unserer Meinung ein Recht darauf, an den Entscheidungen über die Zukunft des hiesigen Energie- und Wasserversorgers beteiligt zu werden!

Dortmund, den 16. Mai 2013
Bündnis Demokratische Energiewende kommunal
www.dew-kommunal.de